

# Freie Wähler mit Zulauf

## Drei Sozialdemokraten wechseln aus Unmut das politische Lager

VON CHRISTINA HEIN

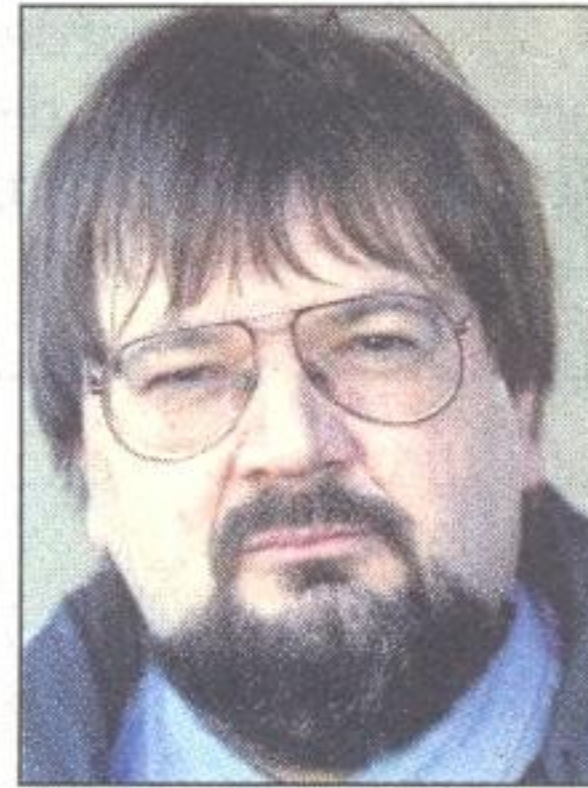
**KASSEL.** Die Freie Wählergemeinschaft Kassel hat Zuwachs bekommen. Drei erfahrene Kommunalpolitiker mit sozialdemokratischer Vergangenheit haben jetzt das Lager gewechselt. Es sind Gerhard Böttcher, Peter Tippmann und Martin Neumann.

Gerhard Böttcher, seit 40 Jahren SPD-Mitglied, hat sich als langjähriger Ortsvorsteher der Unterneustadt einen Namen gemacht. Der engagierte Politiker verlässt die SPD nach eigenen Angaben unter anderem aus Unzufriedenheit über die Entwicklung der Kasseler SPD-Kommunalpolitik. Seit längerem störe es ihn, dass Magistratsentscheidungen „fast geräuschlos in der SPD-Fraktion abgehakt“ werden. Unmut äußert er auch darüber, dass die SPD wichtige Ämter wie das Baudezernat „aus der Hand gibt“ und vor Ort die Agenda 2010 nur halbherzig vertrete.

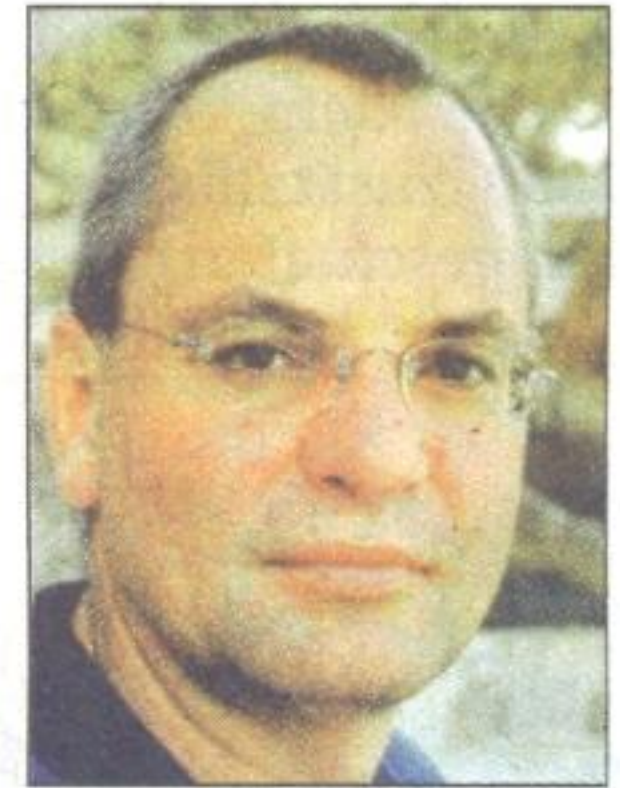
Peter Tippmann, seit 2001 Ortsvorsteher von Bettenhau-



**Gerhard Böttcher**



**Peter Tippmann**



**Martin Neumann**

sen, hat die SPD bereits 2005, nach 14 Jahren Mitgliedschaft, verlassen. Danach kandidierte er für die Liste der Werbegemeinschaft Bettenhausen. Groß war sein Ärger darüber, dass die Genossen in der Stavo den Stadtteilpolitikern bei wichtigen Entscheidungen nicht selten in den Rücken gefallen seien. „Das war kaum mehr zu ertragen.“

Böttcher und Tippmann wehren sich gegen „vorgegebene Parteiloyalität“ und wollen künftig ihre Meinung frei vertreten, „ohne dafür abgestraft zu werden“. Martin Neumann, seit 1999 stellvertretender Vor-

sitzender der AG Selbstständige in der SPD Kassel-Stadt und -Land und seit 2007 auch im entsprechenden Bezirksvorstand, nennt als Grund für seinen Übertritt Enttäuschung über „mangelnde SPD-Unterstützung der Selbstständigen und des Mittelstands“.

Bei der FW, die jetzt 35 Mitglieder zählt, ist diese Verstärkung „mit politischer Erfahrung“ willkommen. FW-Kreisvorsitzende Helga Engelke und Stadtverordneter Bernd Häfner weisen darauf hin, dass in ihrer Satzung verankert sei, dass es keinerlei Fraktionszwang gibt. Archivfotos: nh